

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

122 (27.5.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatl. 1,30 M., vierteljährl. 3,90 M., halbjährl. 7,80 M., durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mitlags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 S., zugl. 30 % Teuerungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 49 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuoor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Das Schuldbekenntnis als Friedensbedingung.

Karlsruhe, 27. Mai.

Der Friedensvertrag, den uns die Entente vorlegt, stellt in einem Punkte gegenüber allen früheren Friedensverträgen der Weltgeschichte ein vollkommenes Novum dar. Inwiefern er Gebietsabtretungen, Entschädigungen und wirtschaftliche Leistungen von Deutschland fordert, untersteht er sich nur in dem Maße des geforderten von früheren Friedensverträgen. Die Entente verlangt aber noch weiteres von uns: Das Bekenntnis, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Das ist ein ganz unerhörter Vorgang. Das einzige Bekenntnis, das bislang vom Unterlegenen gefordert wurde, war das Eingeständnis seiner Niederlage. Aber noch nie hat ein Sieger verlangt, daß das Neuland der Waffenentscheidung vom Besiegten höher als ein bloßes Postulat, als Ausdruck der Weltgerechtigkeit, als verdiente Strafe anerkannt würde. Wenn man nicht gerade nach mittelalterlichem Überglauben in dem Ausgang eines Kampfes ein Gottesurteil sieht, so bedeutet es eine Verleugnung aller geltenden Rechtsgrundsätze, das Ergebnis physischer Gewalt mit der geistigen Erkenntnis abzuwenden und eine Strafe zu stellen.

Durch dieses Verlangen einem Besiegten gegenüber wird der Rechtsgehalt auf die Stufe der mittelalterlichen Tortur herabgedrückt. Es ist im Grunde genau dasselbe, ob man einen einzelnen Menschen solange mit körperlichen Martern peinigt, bis er, um die Schmerzen los zu werden, ein erzwungenes Geständnis ablegt, oder ob man einem Volk in Aussicht stellt, es solange mit Kriegs- und Hungermaßnahmen zu verhehlen, bis es seine Schuld am Kriege im Friedensvertrage bekennt. Die Strafrechtswissenschaft aller zivilisierten Staaten ohne Ausnahme steht auf dem Standpunkt, daß ein auf der Folter erpreßtes Geständnis eines Angeklagten vollkommen wertlos ist und keinerlei rechtlichen Schutzbeweis schafft. Wenn Deutschland durch Hungerlocke und Waffengewalt gezwungen werden sollte, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, in dem es zu allen Kosten auch noch die Schuld am Kriege auf sich nehmen muß, so würde ein solches Eingeständnis genau so wertlos sein, und genau so wenig für die wirkliche Schuld am Kriege beweisen.

Die deutsche Friedensdelegation hat daher mit Recht dieses Ansinnen zurückgewiesen. In seiner Antwort sucht Clemenceau ziemlich heuchelisch nachzuvortragen, daß Deutschland mit der Annahme der Wiederergutmachung seine Schuld bereits eingestanden habe. Außerdem habe die deutsche Regierung gegen die Note Rankings vom 5. November 1918 nicht formell protestiert, worin gleichfalls ein Schuldbekenntnis liege.

Das ist die Spitze eines gewandten Advokaten. Tatsächlich hat Deutschland durch die Annahme dieser feindseligen Bedingung nichts eingestanden als seine Niederlage. Auch die Note Rankings war keineswegs so formuliert, daß ihre Annahme irgendwelche Schulde auf moralischem Gebiet zuließe. Die deutsche Regierung, die unter allen Umständen zum Abschluß des Waffenstillstandes zu gelangen wünschte, mußte eben auf diese Note eingehen, sonst hätte sie den Waffenstillstand nicht erhalten.

Es ist ein wahrhafter Vorbereitungsstandpunkt, wenn man glaubt, dadurch, daß man einen anderen verprügelt, auch dessen Schuld an der Prügelei beweisen zu können. Ein Schuldbeweis läßt sich mit allen Kanonen der Welt nicht aufbringen, sondern nur durch ein ordentliches Gerichtsverfahren und objektive urteilende Richter. Deutschland liegt auf der Folter. Die Entente kann auch in ihren Friedensverträgen hineinschreiben, Deutschland müsse anerkennen, daß ein Viertel und ein Kreis daselbe sei. Das würden wir zur Not schließlich auch unterschreiben müssen. Aber wenn die Entente darin den Beweis leisten wollte, daß ein Viertel und ein Kreis nun wirklich daselbe seien, so würde sie von der ganzen Welt ausgelacht werden.

Wir haben keine Urteile, den Schuldanteil der früheren deutschen Regierung, des Alldeutchtums und des deutschen Kapitalismus am Ausbruch des Krieges zu verheimlichen oder zu verkleinern. Aber ebensoviele haben wir Ursache, durch das Geständnis, daß wir allein die Schuldigen seien, den englischen und französischen Imperialisten die erwünschte Gelegenheit zu geben, sich vor den Arbeitermassen ihrer Länder als die Unschuldslämmer aufzuspielen und ihren Teil der Verantwortung von sich abzuwälzen.

Allerdings bekommen die Kapitalisten und Unverantwortlichen der Entente einen ungeahnten Helfer in Gestalt der deutschen Unabhängigen. Ihr Wortführer im Berliner Arbeiterrat, Richard Müller, hat sich nicht scheut, am Mittwoch zu behaupten, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Das „alleinige“ hat er besonders unterstrichen. Es ist charakteristisch, wie dieselben Leute, die alles auf eine Karte der Weltrevolution setzen, dem Ausbruch der Weltrevolution geradezu entgegenarbeiten, indem sie den englischen und französischen Imperialismus von jeder Kriegsschuld reinwaschen. Ganz davon zu schweigen, welche ungeheure Mangel an sozialistischem Denken in der Behauptung Richard Müllers sich offenbart. Denn für einen Sozialisten müßte es doch klar sein, daß der Imperialismus als solcher,

nicht nur der eines einzelnen Landes, die Ursache am Weltkrieg gewesen ist. Auch sonst machen die Unabhängigen eifrig Propaganda für die alleinige Schuld Deutschlands, d. h. die Schuld des deutschen Volkes. (Siehe Vortrag des Hauptmann a. D. Beerfeldt in Karlsruhe.) Die Unabhängigen begehren in ihrer Eucht, Deutschland um jeden Preis zu erniedrigen, nicht nur Verrat an deutschen Volke, sondern noch viel größeren Verrat an internationalen Proletariat. Jedenfalls wird und muß ein auf der Folter abgepreßtes Geständnis Deutschlands für das künftige Urteil der Weltgeschichte ohne jeden Einfluß sein. Gerechtigkeitsfragen lassen sich nicht mit dem Schwert lösen.

Deutsche Antwortnote.

Brüssel, 26. Mai. Heute ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation nachfolgende Antwort überreicht worden:

Brüssel, den 24. Mai. Herr Präsident! Der Inhalt des Schreibens von Excellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Sinn vollständig mißverstanden haben, indem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Rankings vom 5. November 1918 einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note vorausgingen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hatte zu verschiedenen Malen förmlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel (hier enthält das Telegramm eine Blöße, die ungefragt hier folgt auszufüllen ist: in den Krieg einzutreten ist). In diesem Sinne wurde die Formel geplant: „Keine Annexion, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen.“ Auf der andern Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderung fand hier Ausdruck in den 14 Punkten, die der Präsident Wilson in seiner Rede vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zwei Punkte, erstens den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung. Zweitens das Verbot der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnte sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundgedanke der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herzutretenden Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtliche Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität Belgiens mit den Schrecken des Krieges überzogen worden war. Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hat übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt wie das an Belgien verübte Unrecht.

Wenn nun das durch den Staatssekretär Rankings am 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Entente den Begriff der Wiederherstellung der besetzten Gebiete einer neuerlichen Auslegung unterzog, so erschien es für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Herstellungspflicht, die in der Auslegung festgelegt wurde, sich nicht auf andere Gebiete beziehen kann, deren Schädigung als rechtswidrig zugegeben war und deren Herstellung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel betont hatten. So hat Präsident Wilson die Wiederergutmachung des Unrechtes an Belgien in seiner Rede vom 18. Januar 1918 ausdrücklich als einen heiligen Akt bezeichnet, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso hat der englische Premierminister Herr Lloyd George in seiner Rede im Unterhaus am 22. Oktober 1917 gesagt, die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets die vollkommene politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und seine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung einer Kriegsschädigung, wie sie 1871 Frankreich an Deutschland aufzulegt wurde. Es ist kein Verzicht, die Kosten der Kriegführung von dem einen der Kriegführenden auf den andern abzuwälzen. Was hier für Belgien gesagt wird, mußte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutsche Heere nur auf dem Wege über die Verletzung der belgischen Neutralität die französischen Gebiete erreicht hätte. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugebe, nicht aber eine angebliche Schuld an dem Ausbruch des Krieges oder die außerordentliche Schuld am Ausbruch des Krieges, oder die äußerliche Tatsache, daß die formale Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Rankings lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkt, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiete und Personen und Eigentum erlitten hatte, machte er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder aus der Luft herbeigeführt sein. Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auflegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von den Truppen des russischen Jarmismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plane überfallen und verwüstet worden waren. Es hat aber anerkannt, daß der russische Überfall nach formellen Völkerrechtsgesetzen anders zu beurteilen war, als der Einfall in Belgien und deshalb von einer Kriegserklärung seinerseits Abstand genommen. Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen den Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz gebührend wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestreiten, sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schuldenerhebung aufzu-

stellen hat und daß die Ersatzverpflichtungen seiner Gegner insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränkt, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders für die Zeit zutrifft, wo es nur eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen im Horizont der Friedensverhandlungen emporsteigen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch ein unparteiisches internationales Schiedsgericht gebracht werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie im Artikel 13 Absatz 2 des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist. Dieser Absatz bestimmt: Zu den Fragen, die im allgemeinen eine schiedsgerichtliche Lösung erfordern, gehören die Streitfragen über die Auslegung eines Vertrages über alle 14 Punkte des internationalen Rechtes, über das Bestehen jeder Tatsache, deren Eintreten die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder über die Ausdehnung und die Art der Wiedergutmachung, die im Falle einer solchen Verletzung zu leisten wäre.

Ein. Excellenz weisen in Ihrem Schreiben vom 20. d. M. darauf hin, daß nach dem Grundsatze des internationalen Rechtes ein Volk durch eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder durch einen Wandel in den Personen seiner Führer eine von seiner Regierung einmal eingegangene Verpflichtung nicht zum Erlöschen bringen kann. Die deutsche Friedensdelegation ist weit davon entfernt, die Richtigkeit dieses Grundsatzes zu bestreiten. Sie erwähnt auch nichts gegen die Durchführung des durch das Angebot der früheren Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens für die angeblichen Vergehen seiner früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 4. Dezember 1917 erklärt, daß der Krieg nicht mit einem Machtfrieden irgend welcher Art beendet werden sollte, daß keine nationalen Volksteile bestraft oder bestraft werden sollten, weil die unvernünftigen Herrscher des Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben. Die deutsche Delegation beruft sich nicht auf diese und ähnliche Zusagen, um sich irgend welcher völkerrechtlicher Verpflichtungen zu entziehen, aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volke die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Katastrophe aller Kriegsschäden aufzulegen will. Noch in den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volke versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Veränderung erfahren würde, wenn man es von dem seiner Herrscher trennte.

Die deutsche Delegation möchte die Worte von Excellenz nicht dahin verstehen, daß die Forderung der alliierten und assoziierten Regierungen abermals nur eine Kriegsklage ist, um den Willestand des deutschen Volkes zu lähmen und daß die Forderung heute zurückgenommen werden solle.

Schließlich machen Excellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach den Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerzeit angewandt habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig zu prüfen, in wiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden, denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präzedenzen einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiederergutmachung des Unrechtes von 1870/71 verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abjehrenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges als Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspeisen lassen, das von den alliierten und assoziierten Regierungen durch eine besonders demagogische Frage zur Verantwortung seit gelammelte Material sei eine innere Angelegenheit dieser Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden. Methoden der Geheimdiplomatie sind dabei nicht am Platze. Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez.: Graf Protopopoff-Rankau.

Eine Antwortnote Clemenceaus.

Paris, 26. Mai. Genas. Die deutsche Delegation hat ihre beiden Noten zu den Bestimmungen des Friedensvertrages betr. die deutsche Westgrenze und das Saargebiet von Clemenceau eine Antwort erhalten, worin es heißt: Was die in Ihrem Schreiben niedergelegten allgemeinen Bemerkungen betrifft, so bestreite ich förmlich im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß, wie Sie behaupten, im Friedensvertrag deutsches Gebiet wie Schaufflächen zum Gegenstand eines Handels zwischen den Souveränitäten gemacht wird. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung in sämtlichen besetzten Gebieten in Berücksichtigung gezogen und die Modalitäten dieser Volksbefragung wurden im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen.

In den an Belgien abgetretenen Gebieten ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von 6 Monaten auszusprechen. Die einzige Ausnahme wird für den Teil von Preußisch-Posenet getroffen, der sich westlich der Straße von Lüttich nach Aachen hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 50 Einwohner umfaßt und dessen Wohlstand an Belgien abgetreten ist als Teilwiedergutmachung für

ammlungen der Wahlzeit. Die Worte des Kollegen Kiefer aus Karlsruhe, von Sachliche gegenüber den gewerkschaftlichen Verbänden getragene, sein Aufbruch zur wirklichen gewerkschaftlichen Arbeit, verbunden mit einem Rückblick auf die freigewerkschaftlichen Leistungen in der Kriegszeit erweckten lebhaftesten Widerhall in den Herzen der Zuhörer. Von größerer Bedeutung waren die Anregungen, die der Redner an Hand der — leider vereinsamten — Stellungnahme der freien Gewerkschaften während des ganzen Krieges in der Frage der Volksernährung gegeben hat und die den ganzen Komplex der Aufgaben beleuchten, die sich die freien Gewerkschaften in volkswirtschaftlicher und kultureller Hinsicht gestellt haben. Als zweiter Referent ging Kollege Schneider auf die Vorkämpfer im Handelsbetriebe über und trat unter Beifall der Versammlung, energisch für die unbedingte Einhaltung des Arbeits- und Ruhetages und für den 6 Uhr Abendeschluß ein. — In der einmündigen freien Aussprache meldete sich von den gewerkschaftlichen Handlungsgehilfen-Verbänden nur ein Kollege zum Worte, der, mit Ausnahme einer kleinen Entgegnung, seine Erörterungen in sachliche Form ließ. Im Schlußwort rechnete Kollege Kiefer mit einem Flugblatt des D. S. V. sehr scharf ab und sagte seine Worte dahin zusammen, daß jeder Kollege, der im Strom der neuen Zeit für die soziale Erhebung seiner selbst und für die Volksgemeinschaft positive Arbeit leisten wolle, den freien Gewerkschaften beitreten müsse, wo allein eine reinliche Erhebung der Arbeit vom Kapital durchgeführt sei. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Soziale Rundschau.

Invalidenterengedächte.

Man schreibt uns: Vielfach werden Klagen laut, daß die eingetragenen Invalidenterengedächte von den Behörden auf die lange Bank geschoben werden und es oft Monate geht, bis der Antragsteller den Bescheid erhält. Es soll nicht verkannt werden, daß in vielen Fällen Rückfragen und Obergutachten unbedingt erforderlich sind, aber daß Besuche wegen Arbeitsüberprüfung liegen bleiben, das sollte jetzt nicht mehr vorkommen. Wenn man persönlich bei der Landesversicherungsanstalt vorliegend wird, so kann man erlauten sein, zu sehen, wie groß die Schwierigkeiten sind, die ihrer Behandlung harren und man muß sich fragen, warum gerade diese soziale Besörde nicht mehr Personal einstellt. Sind auch geeignete vorgebildete Personen nicht in größerer Zahl vorhanden, so können doch gewiß eine Menge Arbeiten von gewandten, schreibkundigen Leuten erledigt werden und solche sind in den vielen stillen Stellen Kaufleuten sicher zu finden, auch Kriegsbeschädigten könnte bei gutem Willen ein geistreiches Auskommen geschaffen werden.

Aber hier scheint nach der alte Kraftgeist zu herrschen, der es nicht über sich bringt, mit dem Alten zu brechen, vielmehr ist es auch auf diesen Klagenfeldern zurückzuführen, daß die in Friedlichheim und Nordrad untergebrachten Kranken glauben die Neuwahl des Vorstandes fordern zu müssen.

Die große Mehrzahl der Arbeiter hat ein Interesse daran, daß gerade auch diese soziale Besörde etwas mehr fortgeschrittener organisiert wird. Wenn die Verwaltung von sich aus dies nicht unternimmt, so wird es angebracht sein, daß die aus der Mitte der Arbeiter gewählten Vertreter selbst nach den Umständen sehen und sich nicht nur ein oder zwei Mal im Jahre in einer Ausschuss-Sitzung die Angelegenheiten vortragen lassen.

Baden.

Diktatur statt Demokratie.

Auf der vor kurzem stattgefundenen Kreisversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte des Kreises Freiburg wurde H. Wolff als Kritik an dem Verhalten der Regierung gelobt, welche die Arbeiterräte gänzlich ausschalten wolle, indem sie ihnen immer mehr die Kompetenzen bestimme. Von ähnlichen Rednern wurde die Ansicht geäußert, daß die Aufgabe der Arbeiter- und Volksräte mit der Einsetzung des Koalitionsministeriums nicht erfüllt sei. Ein Bedauern, daß die Arbeiterräte in ihrer sozialen und kommunalen Tätigkeit zu verbesserungen in ihrer sozialen und kommunalen Tätigkeit zu verbesserungen hofen, bis unter einer rein sozialistischen Regierung nach der politischen Gleichstellung auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgeführt ist, wurde einstimmig angenommen. — Zu diesem merkwürdigen Beschlusse der Oberländer Räte bringt die „Karlsruher Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom letzten Sonntag eine amtliche Verlautbarung, in der zunächst festgehalten wird, daß bei der Regierung keineswegs die Neigung und Absicht bestehe, die Arbeiterräte auszuschalten. Das Blatt fährt dann weiter:

„Wenn jetzt die Arbeiterräte als Kontrollorgane für die Gemeindeverwaltungen und die Bezirksräte fortfallen, so entspricht dies durchaus den wiederholt erfolgten Beschlüssen der Landesversammlung der A- und S-Räte. Schon am 20. November v. J. wurde auf der ersten Landesversammlung der A- und S-Räte die Forderung vertreten, Arbeiterräte beizubehalten in der Gemeinde- und Bezirksräte zu wählen bis zur endgültigen Regierungsbildung und zur Neuwahl der Gemeinde- und Bezirksräte. Die dem Beschlusse, der auf weiteren Landesversammlungen wiederholt gefaßt wurde, hat die Regierung Nachsicht getragen und entsprechende Anordnungen über die Vertretung der Arbeiterräte in den Gemeinde- und Bezirksräten erlassen. Nicht die Regierung also, sondern die Arbeiterräte im Kreis Freiburg interpretieren jetzt die Beschlüsse jener Landesversammlungen falsch. Wer einigermaßen klaren politischen Blick besitzt, mußte schon damals einsehen, daß eine sozialistische Mehrheit nicht zustande kommen konnte. Gegen die ionische Tätigkeit der Arbeiterräte ist aber vonseiten der Regierung nicht das Geringste unternommen worden. Bei einer halbwegs loyalen Haltung zur Tätigkeit der Regierung hätte man sich in einen derartigen Widerstand zu seinen eigenen Beschlüssen nicht verrennen können. Die Bemerkung des Verfassers über den auf der Tagung gefaßten Beschlusse, die Kontrolltätigkeit der Arbeiterräte fortzusetzen, bis unter einer rein sozialistischen Regierung nach der politischen Gleichstellung auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgeführt sei, bricht offen den Willen zur Aufschaltung der Arbeiterräte aus, die man wahrnehmlich mit hochschwarzen Mitteln anzustreben versucht. Nebenfalls pflegen derartige Beschlüsse nicht von Sozialisten gefaßt zu werden, die den Willen der Demokratie nicht verlassen haben.“ — Ganz unsere Meinung.

Die Wahlen zu den Handwerkskammern. In der nächsten Zeit hat eine Neuwahl für die Handwerkskammern stattzufinden. Die „Karlsruher Zeitung“ mittelt, werden diese Wahlen nach der Verordnung vom 28. Januar 1918 vorgenommen. Die Veranschaulichung des Verlaufs der Wahlen an das deutsche Volk vom 12. November 1918, nach der alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahrsystem auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen sind, findet auf die Wahlen für die Handwerkskammern keine Anwendung, da nach Erläuterung der Reichsregierung vom

26. Januar 1919 unter öffentlichen Körperschaften in diesem Sinne lediglich Vertretungen des Staates und der Gemeinden zu verstehen sind. Einer Ausdehnung der Wahlberechtigten auch auf nicht organisierte Handwerker stünde zu dem § 103a Gewerbeordnung entgegen. So lange die reichsrechtliche Bestimmung, wonach die Mitglieder der Handwerkskammern nicht von den einzelnen Handwerkern, sondern von den Innungen, Fachgenossenschaften und gewerblichen Vereinen zu wählen sind, besteht, ist die Einführung der Verhältniswahl auf breiter Grundlage durch landesrechtliche Vorkehrung nicht möglich.

Aus dem Bad. Lehrerverein. Der Badische Lehrerverein beabsichtigt im Juli eine außerordentliche Vertreterversammlung abzuhalten. Sie soll vor allem über den Sachverhalt der Beschlüsse, den der von der letzten Hauptversammlung eingeleitete Ausschuss ausgearbeitet hat, und die Lösung des Lehrereinkommens und des Streikerdies beraten. Der Entwurf der neuen Satzungen des Bad. Lehrervereins wird voraussichtlich am 7. Juni in den badischen Schulzeitungen veröffentlicht werden. Wahrscheinlich wird die außerordentliche Vertreterversammlung am 27. Juli in Offenburg abgehalten werden.

Wucherpreise für Gerste. Amtlich wird der „Karlsruh. Ztg.“ geschrieben: Durch einen Teil der Zeitungen des Landes geht die Notiz, daß die Reichsgetreidestelle den Bauern einen loutingensfreien Gerste zum Preise von 160 M für den Zentner anbietet, daran wird da und dort die Bemerkung geknüpft, daß es sich hier nur um wucherische Geschäfte handeln könne. Es kann zur Verhütung interessierter Kreise mitgeteilt werden, daß es sich bei dem Angebote um geringe, aus dem Ausland eingeführte Posten handelt. deren Preis für die Preise inländischer Erzeugnisse nicht zum Vergleich dienen kann.

Bruchsal, 26. Mai. Am Himmelfahrtstag unternimmt der Touristenverein „Die Naturfreunde“ eine Tagestour nach Ubstadt-Neulben-Geitringen—Reitheim—Lehenberg und zurück. Anhänger und Freunde der Arbeiterpolitik erhebung sind freundlichst eingeladen. Abmarsch morgens 1/2 Uhr vom Daminator.

Weißenstadt, 26. Mai. Am kommenden Donnerstag (Himmelfahrtstag) unternimmt der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ in Verbindung mit der Sozialdem. Partei und freien Turnerischen einen Familienausflug mit Musik nach dem Gasthaus zur „Krone“ in Verghausen. Die Mitglieder der genannten Korporationen erjuden wir um recht zahlreichere Beteiligung an demselben. Abmarsch pünktlich 1 Uhr mittags vom Vereinslokal Gasthaus zum „Wölfe“.

Aufsehtung des Jungdeutschlandbundes Baden.

Die Revolution hat nicht bewirkt, daß die Stangenhalter-Organisation des alten wilhelminischen Staates von der Wildschärfe verschunden ist. Man kämpft sich in diesen Kreisen zwar des bisherigen Namens und man hat beschlossen, das Firmenbild umzuändern in „Jung Baden, Verband für die körperliche, geistige und sittliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend“.

Am Sonntag, 17. ds. Mts. fanden sich die Vertreter des Bundes unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Pauli zu einer Mitgliederversammlung in dem geologischen Hörsaal der technischen Hochschule in Karlsruhe zusammen, um über das Schicksal des Bundes zu beraten. Ein großer Teil der bisherigen Mitglieder sieht im Bad. Landesrat für Körperpflege und Jugendberührung keine Vertretung und nicht mehr im Jungdeutschlandbund. Man debattierte darüber, ob man den Bund, dessen Name und Form nicht mehr zeitgemäß seien, auflösen und den Bad. Landesrat an dessen Stelle anerkennen solle oder ob nicht der Jungdeutschlandbund, Landesrat, Ausschuss für Reichsbildungen und Arbeiter-Sportstelle mit der Regierung zusammen arbeiten können. Es kam dann ein einstimmiger Beschlusse dahin zustande, daß mit dem Bad. Landesrat für Körperpflege und Jugendberührung Verhandlungen anzuknüpfen seien und eine neue Mitgliederversammlung des Jungdeutschlandbundes über die Auflösung desselben beschließen soll.

Sei dem wie ihm wolle. Für uns ist interessant, daß dieselben „Rührer“, die vor dem Kriege im R.D.B. die erste Geige gewiebt, heute noch dieselbe Rolle bespielen. Ob sich in ihrer Meinung zugunsten der neuen Zeit eine ehrliche Veränderung vollzogen, glauben wir nicht allzuviel. Für die Arbeiterklasse heißt es aber auf dem Damm zu sein und die Kinder nicht weilen anzuerkennen, die sie heute für monarchische Zwecke — und morgen, weil es nun nicht mehr anders geht, für die neue Zeit dienstbar machen wollen.

Arbeiterrücktritt! Beträumt eure Kinder solchen Organisationen an, die Heiß für die Rechte der arbeitenden Jugend kämpfen haben, selbst zu einer Zeit, wo sie gebildet und als Staatsbürger weiter Klaffe abstrukturiert wurden, während die Firma Jungdeutschlandbund u. Co. von den Monarchen und dem alten Massenstark als Pöbelange behandelt worden sind. Für die arbeitende Jugend kommen folgende Organisationen in Betracht: die Arbeiter-Jugend (freie Jugend), sowie die Jugendabteilungen der Arbeiter-Sportvereine, wie freie Turner, Naturfreunde, Arbeiter-Radsportler, Schwimmer usw.

Die Gemeindewahlen.

i. Ansfinken, 26. Mai. Die Wahlbeteiligung bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl betrug etwa 50 Prozent. Von 1074 abgegebenen gültigen Stimmen fielen auf die Sozialdem. Liste 450 = 41 Mandate, auf die Liste der vereinigten Gegner 624 = 28 Mandate. Für uns ist das Ergebnis zu nennen. hatten wir doch im alten Bürgerauschuss von 60 Mandaten nur 9 inne.

Sagst, 26. Mai. Gestern fand hier Gemeindevorstandswahl statt; es waren zwei Listen aufgestellt, eine von der Sozialdemokratie und eine von den Demokraten. Die Sozialdemokratie erhielt mit 480 Stimmen 4 Sitze, die Bürgerlichen mit 261 Stimmen 2 Sitze.

Syde, 26. Mai. Auch hier haben nur etwa 50 Proz. der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 182 Stimmen, auf die bürgerliche Liste 272 Stimmen. Auf die Vorkandidaten zu den Bezirks- und Kreiswahlen entfielen für die Sozialdemokratie 152 Stimmen, für die Deutsch-Demokraten 195 und für die Deutsch-Nationalen 63 Stimmen. Unsere Partei kann mit dem Wahlausfall zufrieden sein, denn es werden nun 15 Genossen auf dem Rathaus einzeln. In die Genossen und Anhänger unserer Sache rücken wir aber die Aufforderung, nun zu arbeiten, damit am nächsten Sonntag zur Gemeindevorstandswahl ebenfalls ein günstiges Resultat herauskommt. Die Demokraten machten wieder alle Anstrengungen, um uns so sehr wie möglich zu schwächen; den Mut, eine eigene Liste aufzustellen, brachte diese Partei aber nicht auf, sie vereinigten sich mit den Konjunktionalen und „erlangen“ so glücklich einen knappen „Sieg“ über die Sozialdemokratie. Stolz werden sie wohl auf diesen „Erfolg“ nicht sein.

Wellsch-Neureut, 26. Mai. Bei der Gemeindevorstandswahl erhielt die Liste der Sozialdemokratie 162 Stimmen, 15 Sitze, die Liste der Bürgerlichen 214 Stimmen, 21 Sitze; die Wahlbeteiligung betrug 50 Prozent.

Graben, 26. Mai. Auch hier fanden am letzten Sonntag die Gemeindevorstandswahlen statt. Die Wahlbeteiligung war auch hier wie Allorts eine etwas laue. Es stimmten von 1330 Wählern etwa 740 ab. Die beiden bürgerlichen Parteien erhielten je 290—305 Stimmen, die Sozialdemokraten 155 Stimmen. Von 48 zu verteilenden Mandaten erhielten die beiden bürgerlichen Parteien je 19 und die Sozialdemokratie 10 Sitze.

Langensteinbach, 26. Mai. In hiesiger Gemeinde standen sich bei der Gemeindevorstandswahl drei Listen gegenüber, eine der sozialdemokratischen, eine der Bürgerlichen, und eine der Deutsch-Nationalen Partei (Christliche Volkspartei). Letzgenannte Partei erlaubte sich sogar zu sagen: Ach was, die Sozialdemokraten bekommen 2—3 Sitze und dann können sie gehen. Nun als das Resultat kam, gab es selbstverständlich lange Geschichter. Von 1100 Wählern stimmten 524. Davon erhielten Stimmen: die Sozialdemokratie 148 = 10 Sitze, die Bürgerliche Partei 230 Stimmen = 16 Sitze und die Liste der Deutsch-Nat. Partei 139 Stimmen = 10 Sitze. Unsere Partei ist mit dem Ausgang der Wahl zufrieden. Parteigenossen, an Euch legt es nun, dafür zu sorgen, daß auch wir bei den kommenden Gemeindevorstandswahlen unseren Ausgleich finden. Allen denen, die an den Wahlen mitgewirkt haben, besten Dank.

Die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokratie 142, Deutsch-Demokratische Partei 70 und Deutsch-Nationale Volkspartei 248 Stimmen.

Söllingen, 26. Mai. Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl entfielen auf die Liste der Sozialdemokratie 19 Sitze, auf jene der Unabhängigen 6 Sitze, auf jene der D.-Demokraten 5 Sitze und auf jene der Deutsch-Nationalen 18 Sitze.

Weingarten, 26. Mai. Die Gemeindevorstandswahl brachte der Sozialdemokratie 617 Stimmen, den Deutsch-Nationalen 487, den Zentrum 347 und den Deutsch-Demokraten 254. Die Wahlbeteiligung betrug 66 Proz. Die Sozialdemokratie erhielt 22 Gemeindevorordnete.

Uergrombach, 26. Mai. Bei der Gemeindevorstandswahl erhielt die sozialdemokratische Partei 10 Sitze und das Zentrum 26 Sitze. Unsere Partei war bisher auf dem Rathaus unvertreten.

e. 1. Untergrombach, 26. Mai. Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl haben von 1842 Wahlberechtigten 686 Wähler abgestimmt. Es erhielt die Zentrumspartei 16 Gemeindevorordnete, die Sozialdemokratie 16, die Bürgerpartei 12 und die Demokratie 4. Das Zentrum hatte jeither im Bürgerauschuss von 60 Sitzen 43. Mit dieser Zentrumserücktritt auf dem Rathaus ist es vorbei. Das Bemerkenswerte an der gestrigen Wahl ist, daß von den früheren Zentrumsmännern kein einziger wieder gewählt wurde, während unsere arbeitenden Parteigenossen fast alle in den Bürgerauschuss kommen. — Ueber den Wahlausfall für die Bezirksräte und Kreisabgeordnete ist genaues noch nicht bekannt, es ist aber als sicher anzunehmen, daß unser Genosse Philipp Kerappel in diese beiden Korporationen gewählt ist.

Wörth, 26. Mai. Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl betrug die Wahlbeteiligung 57 Prozent. Es erhielten Stimmen: Die Sozialdemokraten 292, das Zentrum 418, die Deutsch-Demokraten 102 und die Unabhängigen 110. Sitze erhalten: die Sozialdemokraten 16, das Zentrum 22, die Deutsch-Demokraten 5 und die Unabhängigen 5.

U. Aherm, 26. Mai. Das Ergebnis der Bezirks- und Kreiswahlen wurde am Freitag, 23. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, im Sitzungssaale des Amtsgerichts bekanntgegeben. Von unserer Partei wurden zu Bezirksräten gewählt: Franz Josef Neuchel jr., Glasmacher, und Oskar Weinhardt, Brauereiarbeiter, beide in Aherm. Das Zentrum stellt 16 und die Demokraten 1 Vertreter. — Von den gewählten Kreisabgeordneten entfällt auf die Sozialdemokratie ein Mandat Karl Friedrich Neuchel, Glasmacher (Aherm), auf das Zentrum 5 und auf die demokratische Partei 1 Mandat. Zum erstenmal kommt also hier sowohl im Bezirksrat wie auf dem Kreisrat die Sozialdemokratie zum Wort. Das Ergebnis der Bezirks- und Kreiswahlen hat sich noch mehr wie bei den Gemeindevorstandswahlen zugunsten des Zentrums verhalten. Die überwiegend rein häuerliche Bevölkerung, welche bei den Bezirks- und Kreiswahlen in Betracht kommt, hat während des Krieges und auch durch die Revolution politisch absolut nichts gelernt, treibt aber in seiner heuchlerischen Frömmigkeit den Wucher in einem Maße, das uns dem Volkswelismus mit jedem Tag näher bringt.

Gochsheim, 26. Mai. Bei der Wahl der Gemeindevorordneten erhielt unsere Partei 14 Sitze, während auf die Liste der vereinigten Bürgerlichen, sogenannten landwirtschaftliche Partei, 22 Sitze entfielen. Die Beteiligung war eine schlechte. Von über 700 Wahlberechtigten stimmten im ganzen 193 ab. An unsere Genossen und Leser der Partei-Presse rufen wir die Mahnung, weiter an die Arbeit zu gehen, damit wir bei der Gemeindevorstandswahl uns eines Erfolges erfreuen dürfen.

Bretten, 26. Mai. Es erhielten die sozialdemokratische Liste 712 Stimmen = 18 Sitze, die Deutsch-Nationalen 700 Stimmen = 17 Sitze, das Zentrum 302 Stimmen = 7 Sitze, die Demokraten 723 Stimmen = 18 Sitze.

Offenburg, 26. Mai. Bei der gestrigen Stadtvorstandswahl erhielten Stimmen: Reichssozialisten 940, U. S. P. 643, Zentrum 2480, D.-Dem. 940, D.-National 221. Die Beteiligung war ungefähr 70 Prozent. Sitze erhielten: Reichspartei 15, U. S. P. 10, Zentrum 40, Demotr. 15, und D.-National 8.

Kommunalpolitik.

Aus dem Gemeinderat von Ettlingen. Der Gemeinderat genehmigt die Ausführung der Entwässerungsanlage für das Anwesen der Gebrüder Schneider ehemals Döbt an der Karlsruherstraße nach Maßgabe der vorgelegten Pläne. Um die immer wiederkehrenden Beschädigungen der Brunnenbeete vor dem Anabenschulhaus zu vermeiden, sollen dieselben mit einer geeigneten Einfriedigung versehen werden. — Ferner ist beabsichtigt, den Schulhof zwischen der Festhalle und der Anabenschule, der in der Sommerzeit für den Turnunterricht der Anaben- und Realschule sowie für die Turnübungen der Turnvereine benützt wird, zur Verhütung großer Staubentwicklung nach vorheriger Berechnung zu teeren. — Der Realschule mit Realprogymnasium sind zur Pflege des Turnplatzes die erforderlichen Spielgeräte zu beschaffen bzw. die Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. — Der Gemeinderat genehmigt den Anschluß des für die Arbeiterwohnhaus der Firma Lorenz hier an der Bulacherstraße bestimmten Baugrundstücks an die städt. Gasleitung unter den üblichen Bedingungen. — Die Kosten der Handwerkskammer für das Jahr 1919/20 sind ohne Rücksicht von den Handwerkern auf die Stadtkasse zu übernehmen. Auf Antrag der Landesbrennstoffstelle werden an die Gemeinde Ettlingen weitere 30 Ster Brennholz aus dem Stadtwald Ettlingen überwiehen.

Karlsruhe, 26. Mai. Der Bürgerauschuss hat die Errichtung von 60 Wohnungen für die gemeinnützige Bauengesellschaft für das Eisenbahnerpersonal in Schwesingen beschlossen.

Wieslingen, 26. Mai. Der Bürgerauschuss beschloß, ein Kapital von 25 000 M aufzunehmen zur Bestreitung der Heberenerungszuschüsse für die Herstellung von 8 Doppelwohnhäusern und einem einfachen Wohnhause durch die gemeinnützige Siedlungs-gesellschaft.

Gernsbach, 21. Mai. Zum ersten Male war gestern Abend unser neuer, durch einen Kompromiß „einlandener“ Bürgerausschuß beisammen. Das Stimmverhältnis ist folgendes: Sozialdemokraten 13, Reichsdemokraten 16, Zentrum 14, Christlichnational 5. Auf der Tagesordnung standen nur 2 Punkte. 1. Weiterzahlung des Gehalts an die Witwe des verstorbenen Ratsherren Schneiders bis zum 30. Juni ds. Js. Fraktionsvorsitzender Gen. Bischoff erklärte sofort, daß sich die Sozialdem. Partei diese Forderung ablehne; auch Gen. Langenbach äußerte sich in demselben Sinne. Wir verlangen gleiches Recht für alle und keine Bevorzugung Einzelner. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Der 2. Punkt betraf die Festsetzung der Zahl der neuen Gemeinderäte. Da keine Einwendungen gemacht wurden, so blieb die alte Zahl, 10, bestehen. Somit wäre die Tagesordnung erschöpft gewesen und die Versammlung griffen schon nach ihren Gütern, um den Sitzungssaal zu verlassen, wohl ahnend, was noch kommen sollte. Vor einiger Zeit hatten die Zentrumsgemeinderäte auf eigene Faust hin, ohne den Bürgerausschuß zu fragen, den Beschluß gefaßt, die hiesigen amtlichen Bekanntmachungen auf eigene Faust (Mastaler Zeitung) zu veröffentlichen, was inzwischen auch geschehen ist. Gegen die Selbstherrlichkeit wurde nicht allein von den Demokraten, sondern hauptsächlich auch von uns Sozialdemokraten energisch protestiert. Gen. Bischoff verlangte einstweilig über diese Angelegenheit; allein der Zentrumsvorsitzende, Gemeinderat Kühn, konnte keine Auskunft geben, oder vielmehr er wollte keine geben. Auch Gen. Wildner sprach über diesen Punkt und verlangte, daß wenn das Zentrum für die „Mastaler Zeitung“ das Recht sich herausnimmt, wir auch für den „Vollstrecker“ das Recht beanspruchen. Es wurde schließlich versprochen, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerausschusssitzung zu stellen.

Mannheim, 25. Mai. Der Stadtrat hat zur Regelung der Arbeitslosenfrage eine Kommission gebildet. In diese Kommission sollen auch die Handels- und die Handwerkskammern, der Industrielle Arbeitsgeberverband und der Demobilisationsausschuß Mitglieder entsenden. — Der Stadtrat hat beschlossen, in vier Fällen, in denen Mieter Räume für Wohnzwecke nicht zur Verfügung stellen wollen, auf Grund der Bestimmungen über die Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel zwingungsweise vorzugehen. — Die Stadtverwaltung hat mit der gemeinnützigen Holzvertriebsgesellschaft eine Vereinbarung über die Lieferung von 607 Eichenbohlen zum Bau von Holzbohlenbetrieben getroffen; das Holz soll für den Kleinwohnungsbau verwandt werden.

Zur Milchversorgung in Gondelsheim.

Vom badischen Milcheverband Karlsruhe wird uns geschrieben: Zur Klärung der Milchlieferungsfrage in Gondelsheim, worüber an dieser Stelle schon wiederholt geschrieben wurde, mögen folgende Ausführungen dienen. Im letzten Späthjahr wurde auf Veranlassung der badischen Landesfiskalstelle in Gondelsheim an Stelle von Vollmilch an die erwachsenen Versorgungsbedürftigen Personen die Magermilch und Butterabgabe eingeführt. Die Milch aus der Gemeinde Gondelsheim ist nach Karlsruhe abzuliefern. Bei Einführung der Neuregelung im letzten Herbst war beachtlich, daß die erforderliche Magermilch in Gondelsheim selbst herzustellen, durch Aufstellung einer Entnahmesmaschine. Diese Milch war aber nicht durchführbar, weil sich eine hierzu geeignete Person nicht vorfand. In einiger anderen Gemeinde des Bezirks Bruchsal war die Magermilchlieferung bereits seit längerer Zeit eingeführt, daß die erforderliche Magermilch täglich von Karlsruhe an die Gemeinden zurückgeliefert wurde, was sich bewährte. Das wurde deshalb auch in Gondelsheim durchgeführt; die Magermilch ging täglich um 10 Uhr vormittags in Karlsruhe ab und konnte in Gondelsheim nachmittags um 2 Uhr zur Ausgabe gelangen. Die Milch wurde vor Abgang auf 4 Grad C. heruntergekühlt, so daß ein Saueerwerden während des verhältnismäßig kurzen Transportes ausgeschlossen war. Infolge der politischen Umwälzungen wurde nun in letzter Zeit hin und wieder die Milch auf der Bahn nicht rechtzeitig befördert, und kam es da einige Male vor, daß die Milch in nicht mehr vollständig frischem Zustande abgegeben werden mußte. Bei dieser Regelung erhielten die versorgungsbedürftigen Einwohner in Gondelsheim täglich 1/4 Liter Magermilch und alle 14 Tage 1/4 Pfund Butter pro Person. In der Stadt Karlsruhe erhalten die versorgungsbedürftigen kaum alle 8 Tage 1/4 Liter Magermilch und für 14 Tage 100 Gramm Fett. Also stellen sich die Einwohner in Gondelsheim bedeutend besser als die Karlsruher Bevölkerung. Die Beschwerden, daß nur hin und wieder mal etwas Butter neben der Magermilch abgegeben würde, sind also vollständig hinfällig. Daß man in Gondelsheim mit der eingeführten Regelung nicht zufrieden war, dürfte seinen Grund hauptsächlich darin haben, daß die besser gestellten Leute dadurch gezwungen waren, die Milch an der Sammelstelle abzuholen und dabei nur das zugewiesene Maß bekamen, während früher diese bei den Landwirten selbst Milch holen konnten, so viel sie wollten. Die Gemeinde Neilsheim wird ebenso mit Magermilch und Fett versorgt, wie dies in Gondelsheim der Fall war; dort sind die Einwohner mit der Regelung sehr zufrieden, insbesondere was die Butterlieferung anbetrifft.

Anfang dieses Monats wurde von hier aus die Magermilchlieferung nach Gondelsheim eingestellt, weil dies von Seiten der Einwohner in Gondelsheim gefordert wurde. Der Gemeinde wurde mitgeteilt, daß die Ausgabe von Vollmilch an Stelle von Magermilch nun eingeführt werden soll und daß die restliche Milch nach Karlsruhe abzuliefern sei. Daraufhin ließ das Bürgermeisteramt ausstellen, es könne wieder jeder Milch holen, wo er wolle; die Folge davon war, daß keine Milch mehr nach Karlsruhe abgeliefert wurde, und die ärmere Bevölkerung im Ort selbst keine Milch mehr bekommen konnte. Dieses unbillige Verhalten der Gemeindeverwaltung wurde sofort nach Bekanntwerden am 11. April der badischen Landesfiskalstelle mitgeteilt, mit dem Ersuchen, gegen die Gemeindebehörde vorzugehen.

Die Zustände in Gondelsheim sind wirklich traurig. Gebeffert könnten dieselben dann werden, wenn sich eine wirklich positive arbeitende Milchkommission finden würde, die Ordnung in die verfahrenen Zustände brächte. Trotz unserer Vermählungen ist es uns noch nicht gelungen, die geeigneten Personen hierzu zu finden. Wir machen hiermit den Vorschlag, der Artikel-Schreiber möchte sich mit einigen Gefinnungsgenossen bei uns melden, und wären wir gerne bereit, an der Ordnung der verfahrenen Zustände in Gondelsheim nach bestem Können mitzuwirken. Wir sind sicher, daß die betreffenden Herren bei der notwendigen Arbeitserleichterung Dank ernten würden; auch die vernünftigen Landwirte dortselbst würden es sicher begrüßen, wenn einmal Ordnung käme.

Aus der Partei.

Der Schweifwebelnde Radikalität.

Man schreibt dem „Vorwärts“: Einer der radikalsten Schreier gegen die „Schandregierung Ebert-Scheidemann“ ist der Braunschweiger Redakteur Richard Wagner. Schon vor dem Kriege spielte er als Redakteur in Braunschweig den radikalen Wüterich gegen die Parteileitung. Zurzeit ist dieser Wüterich der Vorläufer der Unabhängig-Parteilisten in Kommunisten. Er ist einer der gewandtesten, vielleicht der gewandtesten Stilist der linken Seiten. Was er im übrigen ist, geht aus einem Briefe an den Reichstagsler P. Bethmann Hollweg hervor, den er am 10. August 1916 geschrieben hat. Hier einige Stellen daraus:

„Ich wurde 1888 Oberpostdirektionssekretär, später Oberpostpraktikant. 1908 wurde ich, nachdem ich mich zur Sozialdemokratie bekennt, im Disziplinarverfahren abgesetzt. Ich wurde sozialistischer Redakteur und war ein eifriger Sozialdemokrat. Mit Kriegbeginn änderte sich meine Einstellung. Ich sagte mich im September 1914 von der Sozialdemokratie los, die hier in Braunschweig die extremsten Dabenen einschlug.“

„Ich verlor damit jede Existenz und schlage mich als Schriftsteller mit knapperem Not durch.“

Wenn ich auch 1908 schwer gefehlt habe, habe ich seit Kriegbeginn doch alle Verfehlungen wieder gut zu machen versucht. So habe ich für die nationale Presse Braunschweigs viele nationale Artikel und Gedichte seit Kriegbeginn geschrieben, die in nationalen Kreisen viel Beifall gefunden haben. Da ich als Sozialdemokrat zu bekannt geworden war, schrieb ich allerdings unter dem Pseudonym Karl Nordde über dem Zeichen K. N.

Einige der Gedichte lege ich bei.

Anton Friedrich, den Em. Erzengel kennen, ver sprach mir, mich Em. Erzengel zu empfehlen. Ich habe aber weiter nichts gehört.

Da Seine Majestät den Parteiführern verziehen hat, dürfte vielleicht auch ich, nachdem ich jetzt zehn Jahre lang meine Feder in den Dienst der Reichsregierung gestellt habe, auf Verzeihung hoffen. Ich bitte deshalb Em. Erzengel, sei Seine Majestät dahin zu wirken, daß ich wieder in den Postdienst eingestellt werde.“

Leses auf dem Wauche friedende, schweifwebelnde, wieselnde und untertänigst erbetene Replik als unabhängigen-kommunistischen-parteilistischer Hauptführer — man möchte Tränen lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre, von welcher Sorte Menschen sich die Arbeiterklasse jetzt auf den Leim loden läßt.

Gernsbach, 26. Mai. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr im „Wilden Mann“ Parteiverammlung, Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Parteigenossen und Gemeindefreunde! Erscheint recht zahlreich und pünktlich, wie es erkeulicherweise während der abgelaufenen Wahlzeit immer war.

Turnersheim, 25. Mai. Mittwoch, 28. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Aone“ eine Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Abstimmung zur Wahl eines Delegierten zum Deutschen Parteitag nach Weimar, sowie Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

— Mastalt, 27. Mai. Sozialdem. Partei des 8. bad. Reichstagswahlkreises. Morgen, Mittwoch, von 7 bis 11 Uhr abends,

findet in allen Mitgliedskreisen des Kreises die Urwahl eines Delegierten zum Deutschen Parteitag in Weimar statt. Als Kandidaten sind vorgeschlagen: Gen. Mellert (Mastalt), Gen. Kaspar Napp (Baden-Baden) und Gen. Müller-Red (Wetzheim). Die Wahl hat durch Stimmzettel stattzufinden. Um reze Beteiligung der Mitglieder an der Wahl wird ersucht.

Alter 7. bad. Reichstagswahlkreis. Wie aus dem Prioratenteil ersichtlich, findet am Sonntagvormittag eine Wahlkreisversammlung statt. Wir bitten die Mitgliedskreise dringend, Delegierte zu entsenden.

Offenburg, 26. Mai. Sozialdem. Verein. Am Mittwoch den 28. Mai, abends 8 Uhr, findet in der Brauerei „Mundlinger“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtrats- und Stadtverordnetenwahl befaßt. Es ist in Anbetracht der wichtigen Sache dringend notwendig, daß sämtliche Mitglieder anwesend sind.

Die unerschrockenen Unabhängigen. In Bochum hat sich ein Verein zur Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Richtungen gebildet. Die Leitung der Bochumer Unabhängigen leiste jedoch einen Antrag durch, wonach jeder aus ihren Reihen sofort ausgeschlossen wird, der dieser Vereinigung angehört. — Genau so machen es die Unabhängigen auch in Frankfurt und Umgebung und anderwärts, wo die Führer der Unabhängigen um jeden Preis einer Vereinigung und Verständigung der beiden Gruppen zu verhindern wissen.

Unabhängige Regierungshoffnungen.

Aus Berlin wird berichtet: In den Parlamenten haben die Unabhängigen erklärt, daß sie es ablehnen müßten, die Regierung zu übernehmen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Haltung ist indessen nur Schein. Die Unabhängigen beschließen in Wirklichkeit stark darauf, daß die gegenwärtige Regierung im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages bald gelöst werden wird und daß es dann ihre Aufgabe sein wird, das Erbe anzutreten und den Gewaltfrieden nach dem Diktum der Ententeimperialisten zu unterzeichnen. Auch Wäne zur Verteilung der Portfeuille sind in den Unterabteilungen der Unabhängigen hierüber bereits mehrfach aufgestellt worden, wobei die Namen Gaule, Kaspar Cohn und Breithardt eine besonders hervorragende Rolle spielen. Das beste aber an der Sache ist, daß man diese Wäne auch in Gegenwart des Berliner Korrespondenten des Temps, des französischen Regierungsbotschafters, erörtert hat. Wir wissen nicht, ob man in französischen Regierungskreisen auf diese Unterzeichnung des Friedens durch eine Minderheitsregierung der Unabhängigen und Kommunisten gegen den Willen des deutschen Volkes besonders Gewicht legt; aber auf alle Fälle werden die Eroberungspolitik der Entente den Herren von Gaule für ihre so eifrigste Verehrlichkeit, im Notfall helfend einzuspringen, dankbar sein.

Es ist ja sehr interessant, daß die Unabhängigen selber gerne „Regierungssozialisten“ werden möchten. Aber diese ihre Machtlosigkeit soll auf Kosten der Volksinteressen gehen. Immer deutlicher wird es, daß im eigenen Lager der Entente die Gegner eines Gewaltfriedens, wie er dem deutschen Volke aufzuzwingen werden soll, sich mehr und mehr bilden. Nicht nur mehr sich die sozialistischen Gegner in Frankreich und England gegen den Gewaltfrieden, selbst Mitglieder der amerikanischen Delegation verhalten sich ablehnend in der Frage. Nur die Unabhängigen fagen, es muß unbedenken unterzeichnet werden, obwohl selbst Gaule und Kautsky die Unmöglichkeit bekämpfen, den Vertrag auszuführen.

Die Unabhängigen geben sich der Hoffnung hin, daß die Welt demokratie die Unmöglichkeit bald einsehen und diesen Frieden wieder aufgeben wird. Das ist aber unrichtig. Französische, englische und amerikanische Pazifisten sowie Sozialisten, die deutlich die Unmöglichkeit der Ausfühbarkeit des Friedensvertrages empfunden haben, werden dadurch in ihrem Widerspruch geschwächt, wenn sich führende Persönlichkeiten in Deutschland selbst für die Unterzeichnung aussprechen. Allerdings verlangen sie, daß die jetzige Regierung unterzeichnen soll, damit sie die Verantwortung trägt für das, was dann kommt. Das wollen die Unabhängigen, damit sie schimpfen können.

Erwerb des badische Staatsbürgerrecht

Die Elektrotechniker an der Front. Im Karlsruher Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure sprach am 15. ds. Mts. Oberingenieur Max Böhm über „Die Elektrotechnik an der Front“. Der Redner gab einen Überblick über die Entwicklung der Elektrizitätsanwendung an der Front während der vergangenen Kriegsjahre unter Schilderung der Schwierigkeiten, mit denen Truppe und Heimat dabei zu kämpfen hatten. Der Mangel an Beschäftigten, Werkzeugen usw. bedingten sehr bald die Einführung der elektrischen Beleuchtung und Kraftübertragung an der Front. In dieser Hinsicht war aber im Frieden gar nicht vorgebereitet worden, da niemand mit einer derartigen Möglichkeit gerechnet hatte. Nachdem die Bestände der Heimat und aufgefundene Vorräte verbraucht waren, wurde auch die Organisation bezgl. Nationalisierung der Truppenbedürfnisse notwendig. Der Redner beschrieb die Anlagen an der West- und Ostfront, erläuterte die Organisation der Starkstromtruppen, sowie diejenige der Beschaffung des Strombedarfes. Er brachte neben den Lieberichtsplänen der Stromversorgungsanlagen an den Fronten Abbildungen und Mitteilungen über technisch interessante Bauten, wie z. B. die Hochspannungsüberkreuzung des Rheins und der Düna, ferner über Starkstromübertragungsanlagen über elektrische Anlagen im Feuergebiet usw. Der Vortrag ließ die unbedingte Notwendigkeit deutlich erkennen, daß auch die Heeresverwaltung bei sämtlichen Fragen technischer Natur von vornherein und nicht erst durch die Verhältnisse gezwungen Techniker in auszubildender und nicht in nur beratender Stellung heranzuziehen muß.

Aus dem Theaterkulturverband. Dr. Ernst Leopold Stahel, Mitglied des Verwaltungsrats und Vorsitzender des literarischen Ausschusses, hat sich bereit erklärt, den Posten des Generalsekretäres des Gesamtverbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur zu übernehmen. — Dr. Ludwig Seelig, gleichfalls Mitglied des Verwaltungsrats und Generalsekretär des Deutschen Bühnenvereins, ist als Delegierter für das Theaterwesen in das preussische Kultusministerium berufen worden. Die Ernennung ist durch Kultusminister Gumbel zu dem Zweck erfolgt, um in enger Fügung und Zusammenarbeit mit dem Theaterkulturverband und den Bühnengruppenverbänden an die Neuordnung des Theaterwesens heranzutreten. Dr. Seelig ist von seinen Organisationen vorläufig beurlaubt, behält seinen Wohnsitz in Mannheim bei, und bleibt Rechtsanwält.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landestheater und Konzerthaus.

Zum erstenmal: „Das Extemporale“. Schwant in 3 Akten von H. Sturm und M. Järber.

Das Landestheater hat es für angezeigt erachtet, in einer vorläufigen hochgehaltene Erwartungen dieser Novität gegenüber herabzusetzen durch die Mitteilung, es handle sich lediglich um ein Unterhaltungsspiel, bei dem man sich zwei Stunden lang erholen und vergessen könne. Diese bescheidene Aufgabe hat das Stückchen denn auch erfüllt, und man hätte ihm, obgleich es eine literarische Belanglosigkeit ist, einen besseren Besuch wohl gegönnt. Das Ganze ist ein ausgefallener Badischstreich einer Professorenkinder, die aus Liebe zu ihrem Langjubiläumskavaliere, einem Primaner, insofern eine Urkundenfälschung begeht, als sie dessen höchstes lateinisches Extemporale (Klassenarbeit), das auf dem Schreibtisch ihres Vaters liegt, verbessert und dadurch den drohenden Durchfall des Maturitätskandidaten abwenden. Wir sehen davon ab, bei einem solchen Sünd den Verfasser am Zeug zu fänden; man darf bekennen, daß sie das Haus in höchliche Stimmung versetzt haben, wenn es auch nicht gerade zu dem beliebtesten „Anerkennungsgüternden“ Rachen gekommen ist. Gespielt wurde flott und anregend. Herr Esfeld trat mit seinen faszinierenden Bewegungen den Oberlehrerthypus nicht schlecht; auch Herr Dapper als Rektor konnte befriedigen. Die Lehrerfiguren sind nicht mit dem üblichen geschäftigen Weltnetz der Schulstube ausgestattet, sodas man nicht bogenen anwenden kann, wenn die Schuljugend an diesem blühenden Geschehen findet (Schülervorstellung?). Rein und mit einem köstlichen Realismus gab Frau Big die Aufsichtsfrau; ihre reise Darstellungsfähigkeit bietet reine „Natur, gesehen durch ein Temperament“. Das kann man auch von dem Schuldirektor des Herrn Semede sagen. Auch der verlegene stotternde Primaner des Herrn Müller war recht hübsch. Dagegen hat uns der Badisch des Fel. Holm nicht reißlos befriedigt. Sie hat dieser dankbaren Rolle aus Eigenem zu wenig gegeben; es fehlt ihr die Festsetzung, das aus dem Innern herausarbeiten, der sonnige Humor, der erwärmt, und das anstehende Rachen. Die heiligen Redensarten im Verkehr mit ihrem Vater (1. Akt) kommen ein wenig unangenehm, fast frech zum Ausdruck. Aber Darstellung fehlt das

keine, das unwiderstehlich Liebendwürdige des Badisches. Man kommt bei Fel. Holm selten aus der Empfindung heraus, daß sie bloß Theater spielt. Fel. Alwine Müller hätte das entscheidende besser gemacht.

„Tristan und Isolde“.

Das Exil ist beendet! Und würdig begann die neue Ära im Landestheater: mit „Tristan und Isolde“. Man hat es im Konzerthaus mit „Fidelio“ verwechselt, mit „Carmen“ sogar. Das Resultat ist bekannt! So blieb uns Wagner die ganze Zeit vorzuenthalten; und wieder Künstler gehört in dieser Zeit mehr auf unsere Bühne wie dieser? Das hat am Sonntag sein „publikum“ freudigstes Werk gezeigt. Also für die kommenden Opernsaison: die Musik, die ist! Nicht nur, weil am 23. (zufällig!) Wagner Geburtstag war, oder weil man den „Barstall“ hier immer noch nicht aufgeföhrt hat. Nehi heißt es, den wirklichen Fortschritten der Kunst Rechnung tragen, ungeachtet aller materiellen Mühe. Mit „Hoffmanns Erzählungen“ ist dieser Weg bereits wieder verlassen. — Die Aufführung von „Tristan und Isolde“ brachte die alte Besetzung: die hinreichende Isolde von Sophie Palm-Cordes mit ihrer einzigartigen Gestaltung des Liebestodes; neben ihr der Tristan Josef Schöffels, der die Rolle sich immer mehr zu eigen macht; die Darstellung im dritten Akte war dem tiefsten Erleben durchdrungen; möge er den ersten und zweiten Akt auch noch auf diese Stufe heben. Margarete Bruntsch konnte als Brangäne sich wieder als hervorragende Vertreterin dieser Rolle zeigen. Der Marke von Karl Geisen und der Kurmalen von Max Büttner zeigten die gewohnte plastische Kraft. — Einer kleinen Erneuerung bedarf der erste Akt bezüglich der szenischen Aufmachung; die Dekoration des Vordergrundes mit der alten Umrahmungslapete ist doch eine starke Zumutung; ist es noch mehr im Vergleich mit dem zweiten Akte. Und auf die Gefahr hin der Bedamerie geziehen zu werden: Der Steuerbalken ist (vom Darsteller) nach links gerückt, folglich fängt das Schiff nach „rechts“, und Tristan muß demnach auch nach rechts blicken. — Manche Themen kamen uns im ersten Akt etwas zu breit vor, unerreicht war aber wieder der zweite Akt. Freilich Corleolis konnte am Schluß mit den Darstellern den Dank des Publikums entgegennehmen, der wirklich aus vollem Herzen kam.

Rück

ga

preis

Krämer

Einga

Klapp

mit Da

sonie e

verkau

Mo

Ein R

26 1/2

ob, a v

Röner

H

zu verk

und:

Verl

Goethe

mit 3r

gute W

im Hun

Stan

der C

Lode

hard, a

Daler,

84 Jahr

ledig, a

alt 11

Rater

Rondito

65 Jah

Onam,

alt 1

Sabent

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 27. Mai.

Bürgerausschuß und Stadtrat. Der Bürgerausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Mai ds. J. einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, daß der zwischen der Stadt Karlsruhe und den Gewerkschaften, der Gemeindefabrikanten und Straßenbahnen abgeschlossene Tarif auch auf die Personen Anwendung findet, die aus Gründen der öffentlichen Armenpflege beschäftigt werden. Nun hat der Stadtrat den Beschluß des Bürgerausschusses verworfen und im Stadtratsbericht lesen wir darüber: Der Stadtrat vermag diesem Antrag des Bürgerausschusses nicht zu entsprechen, weil ein Bedürfnis hierzu nicht anerkannt werden kann und weil die beantragte Veränderung sich mit anderen Bestimmungen des Vertrags (§ 2 Absatz 1 des Hauptvertrags in Verbindung mit § 2 des Zusatzvertrags und den Bestimmungen über Alters- und Hinterbliebenenversorgung) nicht ohne weitere Veränderungen in Einklang bringen läßt. Auch hält es der Stadtrat nicht für zweckmäßig, daß, nachdem der Vertrag von beiden Parteien unterzeichnet ist, daran einseitig Änderungen vorgenommen werden.

Dieselben Gründe sind schon in der Bürgerausschlußsitzung angeführt worden und trotzdem ergab sich eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag. Aber wie Figuren zeigt, gab man sich in gewissen Kreisen damit nicht zufrieden und schon im Stadtrat anscheinend eine Mehrheit dafür, den Beschluß der Stadtratsbeschlüsse zu verwirklichen. Wer also aus Gründen der öffentlichen Armenpflege bei der Stadt Karlsruhe beschäftigt wird, hat nicht müßig, daß der Tarifvertrag auf ihn Anwendung finden kann. Von Stadtratswegen!

Wahlstadt. Die Parteigenossinnen und -Genossen unternehmen am Donnerstag einen Ausflug nach Malsch, Rübelsdorf; Gehzeit 4 Stunden. Abfahrt 8.10 Uhr Hauptbahnhof. Führer Genosse Kettenmann. Zahlreiche Beteiligung auch von anderen Bezirken erwünscht.

Mittel- und Südweststadt. Heute abend 8 Uhr in der Goldenen Krone, Ede Amalien- und Douglasstraße, Zusammenkunft der Parteigenossen und -Genossinnen. Tagesordnung: Tagesfragen.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Die zweite größere Wanderung in diesem Jahre unternimmt die Arbeiter-Jugend am nächsten Donnerstag (Christi Himmelfahrt), und zwar wird es diesmal ein gemeinsamer Ausflug der Jugendgenossen und Genossinnen von Karlsruhe mit jenen von Durlach, Rastatt und Gaggenau sein. Die Abfahrt erfolgt um 8 Uhr 10 Min. morgens vom Hauptbahnhof nach Malsch, wo die Jugendfreunde von Rastatt und Gaggenau erwartet werden. Von Malsch geht es dann gemeinsam nach Waldbrunn, Naturfreundebühne, Eichelberg, Kreuzweghütte und zurück nach Malsch. Die Gehzeit beträgt 4 Stunden, es ist also auch dem jüngsten die Möglichkeit gegeben, an der Wanderung teilzunehmen. Die Karlsruher Arbeiter-Jugend wird gebeten, sich vollständig an diesem Ausfluge zu beteiligen. Zusammenkunft um 1/2 8 Uhr morgens in der Halle des Hauptbahnhofs.

Sollnische Kartoffeln. Im hiesigen Kleinhandel sind 16000 Zentner ausländische Kartoffeln eingetroffen, die zum Preis von vierzig Pfennig für das Hund gegen Markenabgabe in den bekannten Verkaufsstellen verkauft werden. Trotz dieses bedauerlich hohen Verkaufspreises verbleibt, wie man uns schreibt, der Stadtmehnde bei dieser einen Sendung ein Aufschuß von nahezu 100000 M. Damit die Bevölkerung die Kartoffeln gleich für acht Wochen einkaufen kann, ist angeordnet, daß gegen die neue Marke mit allen Abzweigungen 25 Hund auf einmal abgegeben werden. Beim Einkauf kleinerer Mengen kann eine Gewähr für spätere Nachlieferung nicht übernommen werden, da weitere Kartoffel-Lieferungen bis zur neuen Ernte ausgeblieben sind. Es ist deshalb ratsam, die ganze Menge auf einmal einzukaufen und pfleglich zu behandeln. Außerdem wird an Haushaltungen, welche Zuwachs durch Militärpersonen hatten, dafür aber weder Marken noch Kartoffeln erhielten, oder an Haushaltungen, die infolge geringer Beschäftigung des von der Stadt gelieferten Winterbrotens einen Ausfall erlitten, eine Teilmenge abgegeben. Diese Teilmenge ist im Hof des Kartoffelamts, Kaiserallee 11, ununterbrochen von 8-4 Uhr gegen Vorzeigen der Lebensmittel-Ausweiskarte abzuholen.

Keine Erhöhung der Mehrgewerbesteuer trotz Fleischpreiserhöhung. Aus Mehrgewerbesteuerkreisen schreibt man uns: Letzten Monat erhielten die Mehrgewerbesteuer auf ihren Antrag die Erlaubnis, den Fleischpreis um 80 % per Kilo zu erhöhen. Begründet wurde die Forderung mit den hohen Arbeiterlöhnen. Nun wird aber in der Genossenschaft der Bäcker- und Metzgervereine und im Lohnstädterbetrieb der Karlsruher Mehrgewerbesteuer am 9. Mai bezahlt, anstatt der zu fälligen 14. Mai. Wer das arbeiterfreundliche Gebahren beachtet

dener Karlsruher Mehrgewerbesteuer kennt, der wird sich über obiges Verhalten der Herren Meister nicht wundern. Aber was sie hier vollbringen, übersteigt alles bisherige. Der Preis für das Fleisch dürfen sie erhöhen, um den Arbeitern einigermaßen anständige Löhne zu bezahlen — aber die Arbeiter erhalten die Lohnerböschung nicht! Wie lange lassen sich denn die Verbraucher, die überwiegend zur arbeitenden Klasse gehören, ein solches Gebahren der Mehrgewerbesteuer gefallen? Sind sie nur noch da, um den Reichlum der Mehrgewerbesteuer zu vergrößern?

Der Malschburger Stenographenverein „Stolze-Schrey“ veranstaltete am Sonntag den 18. Mai 1919 im großen Saale „zu den 3 Linden“ in Malschburg sein 14. Stiftungsfest, welches sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Die Feier wurde durch einen schwingvoll vorgetragenen Prolog von Fräulein Kahler eröffnet, dem eine kurze Ansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Aug. Martin, folgte. Aus dem reichhaltigen Programm verdienen besonders die reizvollen Tänze, ausgeführt von Fräulein Agnes Herrmann und Fr. Jos. Siebert, Mitglieder des bad. Landestheaters, zu werden, sowie die Vorträge der Fräulein Bismann, Berke und Frick, die Klopffortschritte von Herrn Zimmermann und 3 Theaterstücke, gespielt von Mitgliedern des Vereins. Dem Programm anschließend fand ein Tanzabend statt.

Weltliche. Das letzte Sinfonieconcert des Landesorchesters beginnt mit dem Doppelkonzert für Violine und Violoncello mit Begleitung des Orchesters von Brahms. Dieses Konzert eigentlich eine Sinfonie für 2 Soloinstrumente und Orchester schrieb Brahms für seine Freunde Joachim und Hausmann. Das in Karlsruhe zum erstenmal zur Aufführung kommende Konzert wird von den Herren Weisner und Traubertler gespielt. Den Beschluß des Abends und damit der diesjährigen Sinfonieconcerte bildet die Troica von Beethoven. — Das Konzert findet zu billigen Eintrittspreisen statt (2 M., 1.50 M. und 1 M.).

Die Tanzgenossen. Wegen Verletzungen gegen die Vorschriften über Abhaltung von Tanzbelustigungen gelangen drei Tanzlehrer, ein Wirt, der Vorstand eines Turnvereins einer hiesigen Gesellschaft sowie eines Gesangsvereins zur Anzeige.

Unfall mit Todesfolge. Am 3. ds. Mts. explodierte bei einem in der Kaiserstraße wohnhaften Zahnarzt ein Vulkanisierapparat, von dem ein Stück abprang und einer Gehilfin aus Ueberlingen an den Kopf fiel. Das Mädchen wurde schwer verletzt nach dem städt. Krankenhaus verbracht, wo es in der Nacht zum Samstag starb.

Kolosseum. (Gastspiel des Frankfurter Antiken Theaters.) Nur noch an fünf Abenden wird das Gastspiel der beliebigen „Frankfurter“ unter Leitung des Direktors Josef Juchacz abendern. Das Programm, welches zum Teil erneuert wurde, findet allabendlich hiesigen Besuch und ausverkaufte Häuser sind an der Tagesordnung. Am Donnerstag (Himmelfahrt) werden zwei Vorstellungen stattfinden und zwar um 4 und 8 Uhr und Samstag, 31. d. M., findet ununterbrochen die letzte Vorstellung statt. Dieses reichhaltige Programm dürfte daher auch in den nächsten Tagen große Anziehungskraft ausüben.

Justizrat. Am 29. Mai (Himmelfahrtstag) empfängt der A. J. R. zum Reichstag die zurzeit beste Süddeutsche Mannschaft des ersten F. C. Pforsheim. — Sportliche Ereignisse ersten Ranges verprechen die Pfingst-Freizeit, während am Pfingstmontag eine prima Schweizer Mannschaft gegen den A. J. R. hier antritt, empfängt dieselbe am Pfingstsonntag den letzten deutschen Meister, die selbstbekannte Mannschaft der Spielvereinigung F. C. T. Näheres wird noch bekannt gemacht.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in Ludwigshafen.

Mannheim, 27. Mai. Ein großes Brandunglück hat sich Sonntag abend in Ludwigshafen ereignet. Durch Großfeuer wurde das Lagerhaus von Weingart u. Kaufmann vollständig eingeeicht. In dem Gebäude waren viele der marokkanischen Soldaten untergebracht, die sich nur mit großer Mühe aus dem Gebäude retten konnten, zum Teil sprangen sie aus den Fenstern in den Rhein. Ob Menschenleben zu beklagen sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Franzosen sich jeglicher Neugierde enthalten. Wie es heißt, sollen 50 der schwarzen Franzosen vermißt werden. Große Mengen der franz. Belagerungsbedürfnisse gehörnden Lebensmittel sind mitverbrannt. Da die Ludwigshafener Feuerwehr den Brand allein nicht bewältigen konnte, wurde von der französischen Kommandantur in Ludwigshafen die Hilfe der Mannheimer Feuerwehr erbeten. Sofort rückte eine Motorpritze mit Mannschaften ab. Da aber ein daneben liegendes, mit Getreide gefülltes Lagerhaus sich in großer Gefahr befand und auch bereits Feuer gefangen hatte, wurde weiterhin die Mannheimer Berufsfeuerwehr alarmiert. Das Weingartische

Lagerhaus brannte vollständig aus, während der Getreidespeicher gerettet werden konnte. — Das Feuer soll beim Kaffeelochen entstanden sein.

Kriegerische Vorbereitungen in Belgien.

Brüssel, 26. Mai. Der Niederl. Tel.-Ag. wird aus Einbowen gemeldet, daß die belgische Grenze geschlossen ist. Niemand darf Belgien verlassen. Im Zusammenhang mit dem der deutschen Delegation be willigten Termin bis zum 29. Mai wurden alle militärischen Urlaube aufgehoben und eine allgemeine Mobilisierung angeordnet.

Demonstration in Paris.

Paris, 27. Mai. Laut Pariser Blättern veranstaltete vorgestern Nachmittag die Pariser Arbeiterpartei zu Ehren der im Jahre 1871 gefallenen Kommunisten in Paris eine Kundgebung. Die sozialistische Partei und die Gewerkschaften hatten einen großen Demonstrationsumzug organisiert, der sich mittags gegen 2 Uhr in der Nähe des Pere la Chaise-Friedhofes bildete, an den Gräbern der Kommunisten vorbeizog und sich nach Versailles des Friedhofes wieder auflöste. An den Kommunistengräbern erschallten Rufe: „Es lebe die Kommune!“, „Es lebe die Internationale!“, „Nieder mit Clemenceau!“, „Wir wollen Annemie!“ Als der Zug an beurlaubten Franzosen vorbeizog, riefen die Demonstranten: „Die Matrosen von Sebastopol sollen leben!“, „Es lebe die russische Revolution!“ Der ganze Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Von Polizeimaßnahmen war laut sozialistischen Blättern nichts zu bemerken.

Belagerungszustand über Straßburg. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge ist der Belagerungszustand über Straßburg, der wegen Minderungen am 5. Mai verhängt worden war, jetzt aufgehoben worden.

Explosion eines Munitionsdépôts bei Saarburg. Ein von den Deutschen am Bahnhof von Doudresling (?) bei Saarburg zurückgelassenes Munitionsdépôt explodierte am Freitag nachmittag. Die Bauarbeiten der Umgebung wurden stark beschädigt und einige Personen schwer verletzt. Man glaubt, daß die Explosion durch Selbstentzündung des Pulvers hervorgerufen wurde.

Briefkasten der Redaktion.

F. Durlach. Welche Artikel haben wir bereits gebracht.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beiliegendes Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Donnerstag, 29. Mai (Himmelfahrtstag) Schülerturnfahrt nach Ettlingen-Malschberg. Rückfahrt von Malsch. Abfahrt 6.15 Uhr Hauptbahnhof. 8825 Karlsruhe. (Gesangverein Kassalia.) Heute abend nach der Singstunde (um 9 Uhr) im „Auerhahn“ Mitgliederversammlung. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ersuchen wir besonders die passiven Mitglieder, vollständig zu erscheinen. 8824 Der Vorstand. Ettlingen. (Sozialdem. Malschverein.) Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Wilden Mann“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Vollzähliges Erscheinen Ehrensache. 883 Der Vorstand. Bruchsal. (Die Naturfreunde.) Himmelfahrtstag Tagestour Bruchsal-Lebeberg. Abmarsch 1/2 6 Uhr am Dammstorf. 8826

Literatur.

Deutsche Industrie-Beamten-Zeitung. Zeitschrift für die sozialen Interessen der techn. Privatangestellten. Organ des Bundes der techn.-industriellen Beamten. Erschienen ist die Nr. 9 des 15. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Der Endkampf in der Berliner Metallindustrie. — Verfassungsfragen. — Kollektivverträge in Gottha. — Aus der Verfassungspraxis. — Standesfragen. U. a.

Unsere filialinhaber,

welche die Zeitungsänderungen durch Postüberweisungen erhalten und die Bezugszahl für Juni uns noch nicht mitteilen, ersuchen wir um sofortige Meldung, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Verlag des Volksfreund.

Küchen schrank ganze Küche preiswert abgegeben. Krüger, Kaiserstr. 69, Eingang Waldbornstraße. Klapp-Kinderwagen, mit Dach, sehr gut erhalten, sowie ein Kinderstuhl, zu verkaufen. 8817 Moracstr. 33, 3. St. r. Ein Paar neue Militär-Schnürschuhe Nr. 30 geg. 26/2 oder 27 unautofachen od. z. verlauf. Wiedemann, Körnerstr. 17 IV. 8821

Zahn-Praxis 8821 Rudolph Holl Dentist Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten. Zahnersatz und Plomben in künstlerischer Ausführung. — Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz Fernruf 2798. Sprechstunden: 8-12 und 2-6. Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

Soeben erschien neu in 250. Auflage: Hygiene der Ehe Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg. Aus d. Inhalt: Über die Frauenorgane. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten usw. — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. — Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug gegen Einseitigkeit von M. 2. — franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

Die Nachtheit. Behördlich freigegeben, 20 versch. entzückende Akt- u. Modellkarten, 20 Karten Nr. 3., 100 Karten Nr. 12.50, Porto extra. Vorzinsend. ob. Radin. D. Fischer, Berlin-Gallensee, Marktgr.-Albrechtstr. 4. Politisch 52040 Berlin. 222 1/2

Safenställe zu verkaufen. 8788 Speck, Durlacherstr. 16. Verloren wurde bei der Goethestraße 1 Geldbeutel mit Inhalt. Bitte gegen gute Belohnung abzugeben im Rumbüro. 8816

Freikorps Hülsen sucht 8083 Freiwillige aller Waffen — Bekannte Bedingungen — Militärpapiere mitbringen Zu melden: Hauptwerbeamt Durlach in Baden Hauptstraße 92 (Gasthaus z. grünen Hof). Rittmeister Baumeister.

Werbestelle: Freiwilliges Landesjäger-Korps Werbestelle Durlach stellt noch gebiente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein. Außer dem Angebente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1.56 m groß, 80 cm Brustumfang haben. Amtl. Erlaubnischein der Eltern mitbringen. — Auskunft daselbst. — 8788 Geöffnet von 9-1 vorm., 2-6 Uhr nachm. Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Gleichenleiden dauernde Beseitigung durch deutsch. Reichsp. Prosp. grat. Sanis Verband München 26 C. 1100 Daniels Konfektionshaus Wilhelmstrasse 84, 1 Tr. Blusen. weiße Voilblusen M 19.75 an. schwarze Voll- und Tall-Blusen M 22.75 an. farbige Chiffon-Blusen M 25. — 8870 Rastatt. Rastatt. Verkauf von 1670 Akt- u. Möbel Neu-Möbel Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht. Karl Rauch, Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49. Zwei Bettstellen, Koff., Matratze, Kell., 80 M., zu verkaufen. Karl Rauch, Durlacherstr. 18 & Etod. 8818

Gebrauchte Mandoline oder Gitarre zu kaufen gesucht Offerten mit Preisangebots unter Nr. 8792 an das „Volksfreundbüro“. Ausgefärbte Frauenhaare kauft 2909 Oskar Decker, Gaarhdlg., Kaiserstr. 32. E. Artmann Maler, Anstreicher, Tapezier-Geschäft empfiehlt sich in sämtlichen einschlägigen Arbeiten bei billiger Berechnung. Angartenstraße 23-25. Polierer auf Pianos und Möbel stellen ein 8884 Gebr. Miendorf, G. m. b. H., Lutzenwalde.

7. badischer Reichstagswahlkreis.

Donnerstag (Stimmfahrtstag), 29. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Mundingert, in Offenburg:

Wahlkreis-Konferenz

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zum Deutschen Parteitag. 2. Verschiedenes.

Die Mitgliedschaften werden dringend gebeten Delegierte zu entsenden.

Der Vorstand. Hof. Winter.

Sozialdemokrat. Partei Nastatt.

Am Mittwoch den 29. Mai 1919, abends 7 bis 11 Uhr, findet im „Gasthaus zum Napfen“ die

Urwahl

eines Delegierten zum deutschen Parteitag in Weimar statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und einen der drei bekannten Kandidaten zu wählen.

Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Karlsruhe

Turnstunden.

Männerabteilung: Städt. Landschule (Schützenstraße) Dienstag und Freitag. Städt. Karl-Wilhelm-Schule, Dienstag und Freitag. Städt. Gutenberg-Schule (Kellerei), Dienstag und Freitag. Städt. Mühlburg, Hardt-Schule (Hardtstraße), Dienstag u. Donnerstag. Turnerinnenabteilung: Goethe-Schule (Gartenstraße), Mittwoch. Mühlburg, Hardt-Schule (Hardtstraße), Montag.

Verband der Maler, Lackierer und verw. Berufe

Sitz Hamburg. Geschäftsstelle in Karlsruhe: Lessingstr. 39, 1. Et. Geschäftsstunden: Dienstag, Mittwoch und Freitag, abends von 5 bis 8 Uhr.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Samstag, den 24. Mai abends, bis Samstag, den 31. Mai 1919, wird die mechanische Reinigung des Wasserrohr-Druckstranges, der vom Hochbehälter (Lauterberg) durch die Neue Bahnhofsstraße, Jollystraße, Gartenstraße, Weinbrennerstraße, Dorfstraße bis zur Kaiserallee führt, sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Die Ausgabe der Lebensmittelmarken für die Zeit vom 2. bis 29. Juni, Versorgungsperiode 113/114, erfolgt schon im Laufe dieser Woche.

Die Ausgabe der Lebensmittelmarken für die Zeit vom 2. bis 29. Juni, Versorgungsperiode 113/114, erfolgt schon im Laufe dieser Woche. Die mit der Ausgabe betrauten Vätervereine sind bis spätestens Mittwoch, den 28. Mai im Besitze der Lebensmittelmarken.

Eierkisten,

geeignet für Möbelschreiner, Umzäumungen von Gartenanlagen, Blumenkästen etc. abzugeben. Näheres Lager Kriegsstraße 5a. Karlsruhe, den 24. Mai 1919.

Volksbuchhandlung Karlsruhe

Soeben erschienen und zu beziehen:

Sozialdemokratie und Religion

Von Dr. Schofer. Preis mit Porto 1.15

Der Katholizismus und die neue Zeit

Von P. Sigismund Breitle. Preis mit Porto 55 Pfennig.

Den Betrag in Briefmarken einsenden, da Nachnahme verweigert.

16 Adlerstraße 16

16 Adlerstraße 16

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe

Donnerstag, den 29. Mai (Stimmfahrtstag)

Tanz-Ausflug

nach Ettlingen in die „Conke“. Beginn 4 Uhr. Wir laden unsere verehrl. Mitglieder und Angehörige sowie Freunde des Vereins freundschaftlich ein.

Die Verwaltung. NB. Mitglieder, die durch den Wald nach Ettlingen wandern, treffen sich 1/2 Uhr am Eiboll. Radweglegenheit Mühlbach, nachmittags 2 1/2, 8 1/2 Uhr, zurück 8 1/2, 9 1/2 Uhr.

Kartoffel-Lieferung.

10000 Pfr. ausländische Kartoffeln sind im Rhein-Hafen eingetroffen. Die selben werden sofort in sämtlichen Kartoffel-Verkaufsstellen zum Preis von

40 Pfennig für das Pfund gegen Abgabe der neuen Kartoffelmarken verabfolgt. Die neuen Marken Nr. 113 a, b und 114 a, d gelangen deshalb schon anfangs dieser Woche zur Verteilung. Gegen Abgabe der ganzen Marken 113 und 114 werden (Wochentopfmenge 3 Pfund)

für 8 Wochen = 25 Pfund auf einmal abgegeben. Beim Einkauf kleinerer Mengen kann eine Gewähr für spätere Nachlieferung nicht übernommen werden. Bis zur neuen Ernte werden keine Kartoffelmarken mehr ausgeben. Es ist deshalb ratsam, die ganze Menge sofort einzukaufen und pfleglich zu behandeln, da weitere Kartoffellieferungen ausgedehnt sind.

Suherdem wird an Haushaltungen, welche Nachwuchs durch Militärpersonen hatten, dafür aber keine Marken bzw. Kartoffeln erhielten, oder an Haushaltungen, die infolge geringer Beschaffenheit des von der Stadt gefertigten Wintervorrats einen Anfall erlitten,

ein Teil der auf sie entfallenden Menge im Hof des Kartoffelamts, Kaiserallee 11, ununterbrochen von 8-4 Uhr, abgegeben. Zur genaueren Kontrolle ist die Lebensmittel-Kontrollkarte mitzubringen; ohne die selbe können Kartoffeln nicht verabfolgt werden. Karlsruhe, den 26. Mai 1919.

Am Freitag, den 30. Mai ds. Js., vormittags 9 Uhr, werden auf dem städtischen Wehplatz die Plätze für kleinere Stände, soweit noch vorhanden ist, gegen Vorabgabe offenlich versteigert. Aufmerksam am Eingang der Messe neben dem Schlachthof. Markt- und Messamt.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten Ruf's Kunstmohankaffee mit Heidelbeersaft und mit Süßholzwurzel die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 15.-, ferner Ruf's Heidelbeeren mit Jutaten in Flaschen zu 50, 100 und 150 Liter.

Viele Anerkennungen. Robert Ruf, Heidelberger-Verlандаhaus, Ettlingen. Schreiben Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmohankaffee mit Heidelbeersaft und Süßholzwurzel zu 100 Liter. Mir dem Leben war ich sehr zufrieden. gez. Christian Schneider, Bahndirektor. Anenheim (Ami Rehl), 2. Dez. 1918. Da uns das aus Ihrem Kunstmohankaffee bereitete Getränk ausgesprochen schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlich um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmohankaffee mit Heidelbeersaft und Süßholzwurzel zu bitten. gez. Karl Fr. Landenberger.

Niederlagen: in Karlsruhe G. Dänke Nachf., Angartenstraße und G. Ruf, Dorfstraße; in Leutkirch Heinrich Müller.

Wir suchen zuverlässige Zeitungs-Trägerin für die Weststadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des Volksfreund Luifenstraße 24.

Badisches Landes-theater.

Dienstag, den 27. Mai 1919. Dienstagsmiete Nr. 34. 8822 Der Postillon von Lonjumeau. Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen von Friederike Elmenreich. Musik von Adam. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Festhalle. 8810 Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr Volkstümliches Sinfoniekonzert der Kapelle des Bad. Landestheaters. Eintrittspreise: Mk. 2.-, Mk. 1.50 und Mk. 1.-. 1. Konzert für Violine und Violoncell mit Orchester von Brahms, Violine Herr Peischer, Violoncell Herr Trautvetter. 2. Dritte Sinfonie (Eroica) von Beethoven.

Oelfabrik Königsbad Verarbeitung von Oelfaaten jeweils Freitag für Wohn usw. Samstag, Neys. (Geleglich borgeführte Schlagschneide sind mitzubringen.) 3334

Günstig für Brautleute. Zweck Parzahlung, daher billige Beschaffung von Wohnungseinrichtungen; auch für Einzelne, gibt Darlehen mit monatlicher Raten-Rückzahlung Discretion zugesichert. Mittelbadische Privat-Spar- und Darlehenskasse Karlsruhe i. B., Douglasstr. 26. - Tel. 1056.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas kauft 2309 Levy An- und Verkauf kaufgesch. Markgrafenstraße 22.

Rat u. Hilfe! Gesuche werden bestenfalls angefertigt. Ratierstr. 175 IV.

Wilhelm der Letzte! Gedruckt 1910/1911 gerichtlich nachweisbar. Preis 4.50. Zu beziehen durch Frau Ringhoff, Freiburg i. B. Katharinenstraße 3.

Versilbern von Tafel-Geräten, Tafel-Aufsätzen, Leuchtern und allen anderen Metall-Gegenständen. Chr. Friedrich Müller Rappurrerstrasse 32.

Abfüller selbständiger Arbeiter, welcher in der Lage ist, dem Betrieb vorzustehen, sofort gesucht. Carl Finkelstein Limonadenfabrik, Rappurrerstraße 8. 3815

Elektrisches Licht Kraft-, Klingel- u. Telefon-Anlagen Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. Auf Wunsch Ingenieurbesuch u. Kostenschätzung. Paul Moser, Mühlburg Kanonenstrasse 5. 3765

Gmail-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2308 Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Häuser mit und ohne Geschäft sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das Liegenschaftsbüro M. Busam, Karlsruhe, Gerrenstr. 38. Telefon 5530.

Willy Reiß Schuhmanns Nachf., Water- und Tapeziergeschäft, Werderstr. 78, empfiehlt sich zur Ausführung aller einschlägiger Arbeiten. 3148

Blinden-Arbeit. Haushaltungs-Wärten und Mothgar-Wärten empfiehlt Willy, Boos, Vitoriastr. 6.